



Ausländerbeiratswahlen November 2010 – Wahlbeteiligung leicht gestiegen – Neue Ausländervertretung in fast 100 Kommunen

Am 7. November wurden in 89 Kommunen und zwei Landkreisen die Ausländerbeiräte neu gewählt. Für die 930 Mandate in den Beiräten haben sich über 2.300 Kandidatinnen und Kandidaten beworben. Bei der letzten Wahl im Jahre 2005 lag die Wahlbeteiligung bei 7,7 Prozent. Dieses Jahr gingen 8,1 Prozent aller Wahlberechtigten an die Urne. Damit machten gut 38.000 der rund 469.000 Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Die Hessische Landesregierung und auch die Parteien hatten im Vorfeld intensiv für diese Wahlen geworben. Der Integrationsminister selbst hatte neun Tage vor der Wahl alle Kandidatinnen und Kandidaten für die Ausländerbeiratswahlen zu einem Empfang in den Hessischen Landtag eingeladen (siehe Berichterstattung auf Seite 3).

Auffallend bei dieser Wahl sind die großen regionalen Unterschiede. Die besten Ergebnisse holten Kelsterbach mit 21 Prozent Wahlbeteiligung, gefolgt von Rödermark und Bebra, wo sich jeder fünfte Wahlberechtigte an der Abstimmung beteiligte. Die schlechtesten Ergebnisse gab es in Griesheim, gefolgt von Babenhausen mit gut zwei Prozent Wahlbeteiligung und Ginsheim-Gustavsburg mit 2,2 Prozent.

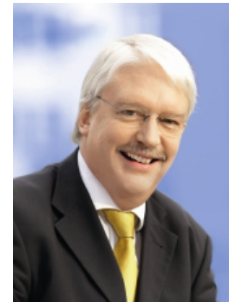
Eine interessante Beobachtung berichtet Oberbürgermeister Wolfram Dette aus Wetzlar, einer der sechs Modellregionen Integration. Nach der intensiven Kommunikation zum Start der Modellregionen Integration Wetzlar kam es dort zu einer Verdoppelung der Wahlbeteiligung (in Relation zur letzten Ausländerbeiratswahl).

Durch die vermehrten Einbürgerungen der letzten Jahre sind nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) viele Stammwähler verloren gegangen. Diese haben nun das allgemeine Wahlrecht.

Mehr Informationen und die Einzelergebnisse sind im Internet unter www.auslaenderbeiratswahl.de nachzulesen.

Jörg-Uwe Hahn

Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das sich dem Ende neigende Jahr 2010 war von vielfältigen Aktivitäten der hessischen Integrationspolitik geprägt.

Wir haben in Hessen den vor knapp zwei Jahren eingeschlagenen Weg unbeirrt und motiviert weiter beschritten. Bei dem wichtigen Vorhaben der Modellregionen Integration sind die Grundlagen für die weitere Arbeit gelegt worden.

Vor wenigen Tagen habe ich den Hessischen Integrationsmonitor vorgestellt. Jetzt steht uns eine wissenschaftlich fundierte Planungs- und Entscheidungsgrundlage zur Verfügung, mit der wir die Fortschritte oder Defizite in verschiedenen integrationspolitischen Handlungsfeldern sichtbar machen können.

Aber nicht nur in meinem Ministerium wird für die Integration gearbeitet. In allen Ressorts spielt die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine immer stärkere Rolle. Die Zusammenarbeit innerhalb aber auch außerhalb der Hessischen Landesregierung ist konstruktiv und vertrauensvoll. Deshalb ist es mir ein Anliegen, an dieser Stelle den vielen – zumeist ehrenamtlichen – Akteuren in der Integrationsarbeit Dank zu sagen. Ohne ihren Beitrag könnte die Integration nicht gelingen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und für das Neue Jahr 2011 alles Gute, Zufriedenheit und vor allem Gesundheit!

Ihr

Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor

Hessen verfügt nun über einen eigenen landesweiten Integrationsmonitor. Er wurde am 25. November von Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn im Rahmen einer Fachveranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Landesregierung steht damit ein wissenschaftlich fundiertes Instrument zur Verfügung, den Fortschritt der Integration in den verschiedenen integrationspolitischen Handlungsfeldern sichtbar zu machen.

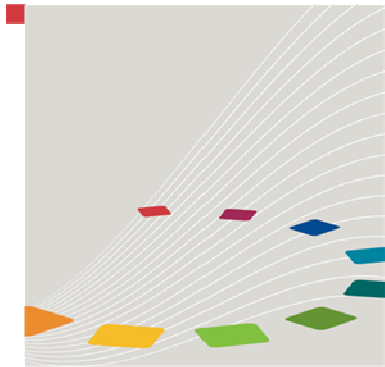


 Ministerium für Integration und Europa



Integration nach Maß –

 Der Hessische Integrationsmonitor 2010



In der deutschen und europäischen Integrationspolitik spielt Monitoring eine immer wichtigere Rolle. Monitoring heißt Beobachtung. Dabei werden Daten zum Beispiel zum Kindergartenbesuch, zu Schulabschlüssen, zur Erwerbstätigenquote, zum Gesundheitssystem aber auch zu Wertvorstellungen, zum sozialen Umfeld und zum Zugehörigkeitsgefühl erhoben und für Personen mit und ohne Migrationshintergrund beziehungsweise Ausländer und Deutsche verglichen. Abweichungen können dann einen entsprechenden Handlungsbedarf verdeutlichen, wenn beispielsweise die Bildungserfolge ausländischer Kinder und Jugendlicher deutlich hinter denen der deutschen zurückbleiben.

Hessen nimmt beim Aufbau eines landesweiten Integrationsmonitors eine Vorreiterrolle ein. So wirkt das Land bereits in einer Arbeitsgruppe der Länder mit, die verschiedene Indikatoren auf ihre Verwendbarkeit hin geprüft und eine länderübergreifende Pilotstudie zum Integrationsmonitoring erarbeitet hat. Auch die Landeshauptstadt Wiesbaden verfügt seit langem über ein bundesweit anerkanntes Integrationsmonitoring.

Ein nächstes Ziel der Landesregierung ist es nun, ein flächendeckendes und abgestimmtes System von Integrationsmonitoren auch auf kommunaler Ebene nutzbar zu machen. Eine zentrale Rolle kommt dabei den Kommunen und Kreisen zu, die als „Modellregionen Integration“ ausgewählt wurden.

Darüber hinaus besteht eine weitere Herausforderung: Noch immer fehlen in vielen zentralen integrationspolitischen Handlungsfeldern belastbare und vergleichbare Daten. Auch bei der Erarbeitung des Hessischen Monitors sind diese Grenzen deutlich zutage getreten. Für die Verbesserung der Datenlage werden noch erhebliche Anstrengungen notwendig sein.

Der Integrationsmonitor steht Ihnen zum Download unter www.integrationskompass.de zur Verfügung.

Veranstaltung „Interkulturelle Öffnung der Hessischen Landesverwaltung“

Am 1. November fand in Wiesbaden die erste Veranstaltung der Landesregierung zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung statt. Organisiert durch das Integrationsministerium kamen etwa 100 Teilnehmer aus Landesverwaltung und Fachöffentlichkeit im Landeshaus zusammen. Nach der Begrüßung durch Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn, der die Bedeutung der interkulturellen Öffnung für die hessische Landesverwaltung unterstrich, führte Dr. Hubertus Schröder vom Institut für interkulturelle Qualitätsentwicklung in München in das Konzept der interkulturellen Öffnung ein.

Eine interkulturelle Öffnung ist danach ein Lern- und Veränderungsprozess von Menschen und Organisationen, um Zugangsbarrieren abzubauen und Anerkennung zu ermöglichen. Er setze eine sozialpolitische Haltung voraus, die unter anderem Verschiedenheit anerkennt und eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. An einem Öffnungsprozess gehe heute kein Weg mehr vorbei. „Ihre Arbeit ist interkulturell oder nicht professionell!“, konstatierte der Münchener Experte.



Dr. Hubertus Schröder bei seinem Vortrag im Landeshaus

Nach einem Grußwort des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), Corrado Di Benedetto, der die Aktivitäten der Landesregierung ausdrücklich begrüßte, berichteten die Wiesbadener Integrationsdezernentin Birgit Zeimetz und Dr. Hans-Joachim Heuer, Leiter der interministeriellen Arbeitsgruppe zur interkulturellen Öffnung der niedersächsischen Landesverwaltung, von praktischen Erfahrungen mit dem Öffnungsprozess in ihren Verwaltungen. Diese machten deutlich, dass es sich bei der interkulturellen Öffnung um einen langfristigen und auch schwierigen Veränderungsprozess handele.



Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Podiumsdiskussion, an der neben dem Hauptreferenten Dr. Schröder der Landesmigrationsbeauftragte der Hessischen Polizei, Achim Wenz, Hartmut Hasenkamp als Vertreter des Amts für Lehrerbildung, der Direktor des Hessischen Städtetags Stephan Gieseler und die agah-Geschäftsführerin Ulrike Foraci teilnahmen. Die Notwendigkeit, aber auch die Chancen und die Mittel zu einer interkulturellen Öffnung wurden hier noch einmal aus unterschiedlichen Blickwinkeln dargelegt.

Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn gibt Empfang zur Ehrung der Kandidatinnen und Kandidaten der Ausländerbeiratswahlen

Im Endspurt zu den Ausländerbeiratswahlen am 7. November lud Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn zum Empfang in den Hessischen Landtag ein und über 400 Kandidatinnen und Kandidaten kamen nach Wiesbaden.



Die Hessische Landesregierung bekundete damit ihre Unterstützung der Ausländerbeiratswahlen und dankte den Kandidatinnen und Kandidaten für ihr bürgerschaftliches Engagement. Die Resonanz war so groß, dass der Empfang im Foyer des Hessischen Landtags stattfand. Nach der Eröffnung durch Integrations-Abteilungsleiter Dr. Walter Kindermann begrüßte Landtagsdirektor Peter von Unruh die Gäste in den Räumlichkeiten des Landtags.

Minister Hahn betonte in seiner Ansprache, dass es notwendig sei, dass sich die Zugewanderten in unsere Gesellschaft einbringen. John F. Kennedy hatte mit einem berühmten Zitat seine Landsleute aufgerufen: „Überlegt nicht, was Euer Land für Euch tun kann, überlegt, was Ihr für Euer Land tun könnt.“ Diese Bereitschaft zur Beteiligung und zum Engagement, sei es in der Nachbarschaft, im Verein oder in der Freiwilligen Feuerwehr braucht

Deutschland ebenso wie jedes andere Land der Welt. „Solidarität ist kein Geldautomat ohne Limit. Man kann in einer Gemeinschaft nicht nur abheben, sondern muss auch einzahlen“, betonte der Minister.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), Corrado Di Benedetto erklärte: „Nicht übereinander reden, sondern gemeinsam die Zukunft unseres Landes angehen. Dafür stehen die Ausländerbeiräte in Hessen seit mehr als 30 Jahren. Auch in Zukunft wollen wir Zugewanderte uns als wichtige Akteure und Ideengeber einbringen.“ Daraufhin wurden 36 Personen geehrt, die mindestens zehn Jahre als gewählte Mitglieder einem Ausländerbeirat angehören und sich somit ehrenamtlich engagieren.



Die Stimmung war ausgelassen und nach dem kurzweiligen Programm wurde während des Stehempfangs nach der Musik der Wiesbadener Gruppe Giocoso sogar noch getanzt.

Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit spricht vor Johanniterorden über Integration Im Mittelpunkt der Herbsttagung stand das Thema Integration von Muslimen

Auf der 50. Herbsttagung der Hessischen Genossenschaft des Johanniterordens stand die Integrationspolitik im Mittelpunkt. Integrations-Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit hielt einen Vortrag zu dem Thema „Zwischen Toleranz und Abgrenzung – Religiöse Pluralität und ihre Auswirkungen auf den Integrationsprozess“. In seinen



Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit

Ausführungen ging der Staatssekretär auf das Grundrecht der Religionsfreiheit ein. Er wies darauf hin, dass die Freiheit des Glaubens und der in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes festgehaltene Satz, niemand dürfe wegen seines Glaubens oder seiner religiösen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden, zwingend mit der weltanschaulichen Neutralität auf Seiten des Staates

korrespondiert. Die herausragende Stellung der Religionsfreiheit im grundrechtlichen Gefüge unseres Grundgesetzes – so der Staatssekretär – entbinde Gläubige und Religionsgemeinschaften nicht von der Pflicht, die Rechte anderer Menschen, anderer Gläubiger und auch anderer Glaubensgemeinschaften zu respektieren.

Dr. Kriszeleit informierte gleichzeitig über den geplanten islamischen Religionsunterricht an hessischen Schulen. Grundlage für die Einführung eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts sei Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes. Ein Partner, das heißt eine islamische Religionsgemeinschaft mit autorisierten Ansprechpartnern, müsse gefunden werden, die sich der umfassenden Pflege des gemeinsamen religiösen Bekenntnisses widmet und eindeutige Regeln über die Mitgliedschaft in ihrer Gemeinschaft definiert hat.

Die Gemeinschaft müsse die dauerhafte Gewähr der Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bieten und gleichzeitig ihre eigenen Grundsätze als Ausdruck ihrer religiösen Selbstbestimmung in Unabhängigkeit von anderen Staaten definieren. Der Staatssekretär hob hervor, dass jeder Religionsunterricht der staatlichen Schulaufsicht unterliege und in deutscher Sprache zu erfolgen habe. Den Ausführungen folgte eine rege und engagierte Diskussion.

Vorbildliches Modellprojekt aus Frankfurt – Verein Kinder im Zentrum Gallus e.V.

Der Verein Kinder im Zentrum Gallus e.V. hat von Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn einen Förderbescheid in Höhe von 14.722 Euro für das Modellprojekt „Hand in Hand – Stärken von Elternkompetenzen in öffentlichen Bildungseinrichtungen“ erhalten.

Der gemeinnützige Verein Kinder im Zentrum Gallus e.V. arbeitet seit 1975 als Migrantenselbstorganisation mit Familien mit und ohne Migrationshintergrund. Der inhaltliche Schwerpunkt ist die Bildungsförderung. Der Verein verfolgt einen partizipativen und kompetenzorientierten Handlungsansatz und versteht es als primäre Aufgabe, die Bildungsbeteiligung im Stadtteil zu erhöhen. Diese Veränderung versucht der Verein vor allem durch das Vordringen nachhaltiger struktureller Veränderungen zu erreichen.

Das geförderte Modellprojekt fördert neben den Kindern auch die aktive Teilnahme der Eltern im Frankfurter Stadtteil Gallus. Das Projekt wird vom Land Hessen für drei Jahre gefördert. Im Fokus des Projektes steht der Aufbau einer aktiven partizipativen Elternschaft im Frankfurter Stadtteil Gallus. Hierfür wird neben Veranstaltungsreihen an den drei Grundschulen auch eine Schulungsgruppe zu „Elternschulpaten“ ausgebildet.



Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn im Gespräch mit Mitarbeiterinnen des Vereins

„Die verbesserte Integration von Menschen mit Migrationshintergrund können wir nur erreichen, wenn wir Eltern mit Migrationshintergrund als wichtigste Bezugspersonen und Experten für die Erziehung und Förderung ihrer Kinder anerkennen und sie an dieser Stelle stärken“, so der Integrationsminister bei der Übergabe des Förderbescheides.

Ausgezeichnet! Hessischer Integrationspreis 2010 an herausragende Projekte verliehen

Ministerpräsident Volker Bouffier und Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn haben bei der Verleihung des Hessischen Integrationspreises die diesjährigen Preisträger geehrt und die Integrationsbemühungen des Landes, des Bundes und der Kommunen hervorgehoben. Der Integrationspreis der Hessischen Landesregierung wird bereits seit sieben Jahren vergeben.

Auch in diesem Jahr war die Ausschreibung des Integrationspreises themenbezogen gestaltet. Zur Bewerbung waren Projekte aufgerufen, die mit besonderem ehrenamtlichem Engagement einen wichtigen Beitrag für eine bessere Integration von Zuwanderern bilden und so den Menschen ermöglichen, aktiver am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Eingegangen war eine Vielzahl von hervorragenden Bewerbungen. Deshalb ist es der Jury auch nicht leicht gefallen aus den 61 vorgeschlagenen Projekten die Preisträger zu ermitteln.



Ministerpräsident Volker Bouffier, Arnd Richter (HUJA e.V.), Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn (Foto: e.blatt)

Mit 12.000 Euro Preisgeld wurde das Projekt „Knast trotz Jugendhilfe?“, HUJA e. V., Wiesbaden, prämiert. Das Projekt nutzt die Erfahrungen junger Strafgefangener mit ihren individuellen Lebenswegen als ein präventives Potential und leistet durch Botschaften der Inhaftierten an Schülerinnen und Schüler verschiedener Wiesbadener Schulen wichtige Präventionsarbeit.

Ein Preisgeld von 8.000 Euro erhielt das „theater peripherie“, Frankfurt. Seit seiner Gründung im Jahr 2008 ist es ein weit über die Main-Metropole hinaus wirkendes Projekt, das die künstlerische

Gestaltung von Erfahrungen aus Migration und Integration in den Mittelpunkt stellt und ein Ort der Begegnung von Deutschen und Migranten sein möchte.



Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn, Ministerpräsident Volker Bouffier mit Alexander Brill (theater peripherie) und dem Laudator Joachim Frank, Chefredakteur der Frankfurter Rundschau (Foto: e.blatt)

Ein Sonderpreis wurde dem Projekt „Migranten werden Unternehmer“, Frankfurt, verliehen, das die Peter Fuld Stiftung und HSBC Trinkaus Frankfurt gemeinsam mit den Wirtschaftspaten e. V. und weiteren Kooperationspartnern durchführen. Der bestechende innovative und integrative Ansatz des im Mai 2010 neu gegründeten Projektes ist, Menschen mit Migrationshintergrund Hilfe zur Selbsthilfe bei der Erstellung eines Businessplans zu geben, um qualifizierte Existenzgründungen zu ermöglichen.

Der Hessische Integrationspreis wird seit dem Jahr 2004 verliehen. Er wurde von der Landesregierung gestiftet zur Anerkennung und Würdigung nachhaltiger Maßnahmen, die dem Abbau von Schranken und Hemmnissen im Zusammenleben der einheimischen und zugewanderten Bevölkerung in Hessen dienen. Über die Verleihung des Integrationspreises entscheidet eine unabhängige Jury, die neben dem Integrationsminister aus sieben namhaften Vertreterinnen und Vertretern von überregionalen deutschen und ausländischen Medien besteht.

In den nächsten Ausgaben des Integrationsbriefes werden die prämierten Projekte ausführlich dargestellt.

Aktuelles aus den „Modellregionen Integration“

Im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ werden unterschiedliche integrationsrelevante Fragestellungen aufgearbeitet. Zu diesen thematischen Schwerpunktsetzungen werden nicht nur die Modellregionen Integration eingebunden, sondern auch der „Kompetenzkreis Integration vor Ort“ – das sind die Kommunen und Landkreise, deren Bewerbung im Programm nicht berücksichtigt werden konnte. Zwischen diesen beiden Kreisen wird eine enge Vernetzung und ein Austausch angestrebt. Damit sollen die Erkenntnisse aus dem Programm Modellregionen zeitnah einem größeren Kreis von hessischen Kommunen zuteil werden.



Veranstaltung zur Eröffnung des Integrationsbüros in Gelnhausen / MKK

Für die soziale Integration von Migrantinnen und Migranten haben die Bereiche Ausbildung und Arbeit eine Schlüsselstellung. Das Gelingen oder Mislingen der Integration in diesen Kernbereichen beeinflusst die Integrationschancen von Menschen mit Migrationshintergrund und damit ihre Lebensperspektiven insgesamt.

In diesem Zusammenhang fand im November eine Fachtagung zum Thema „Integration und Arbeitsmarkt“ in Bad

Hersfeld statt. Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist für seine Netzwerkarbeit von der Bertelsmann-Stiftung ausgezeichnet worden, da es ihm in vorbildlicher Weise gelingt, die verschiedenen Arbeitsmarktakteure vor Ort einzubinden. Dadurch können die Maßnahmen und Angebote zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt auch aufeinander abgestimmt werden.

Zur Fachtagung kamen Experten der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu Wort. Gleichzeitig konnte aber auch mit dem Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“ ein Input bereitgestellt werden, der nochmals die immensen Vorteile der Einbindung von Migrantenselbstorganisationen auch bei der Arbeitsmarktintegration herausstellte. Die hohe Teilnehmerzahl spiegelte wieder, dass mit dem Thema der Fachtagung ein zentraler Aspekt der Integrationspolitik beleuchtet wurde.

Das Hessische Integrationslotsen Netzwerk – Neue Broschüre

Die neue Broschüre „Das Hessische Integrationslotsen Netzwerk“ ist im Oktober erschienen.

Die aktive Mitwirkung an gesellschaftlichen Integrationsprozessen vermittelt Mitgestaltungsmöglichkeiten und fördert die Übernahme von Verantwortung. Menschen mit Migrationshintergrund werden damit zum Träger des gesellschaftlichen Integrationsprozesses. Die Landesregierung möchte Menschen mit Migrationshintergrund in der Umsetzung dieses Ansatzes unterstützen und fördert deshalb den Einsatz von Integrationslotsen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen.

Zur Koordinierung und Unterstützung dieses Prozesses wurde im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa eine Geschäftsstelle eingerichtet, die als landesweite Servicestelle für Lotsenprojekte und alle Lotsen dienen soll. Durch die Koordination des Informationsflusses, das Anbieten von Vertiefungs- und Weiterbildungsschulungen sowie die Durchführung von Fachtagungen sollen die Integrationslotsen in Ihrer Tätigkeit unterstützt werden.

Die Broschüre ist zum Download unter www.integrationskompass.de verfügbar.



PORTRAIT – Dr. Ezhar Cezairli

Dr. Ezhar Cezairli wurde am 12. Dezember 1962 in Antakya-Hatay/Türkei geboren. Sie lebt heute in Frankfurt und engagiert sich als deutsch-türkische Kulturaktivistin in vielen verschiedenen Gremien ehrenamtlich im Bereich der Integration.

Sie kam 1972 als Zehnjährige nach Deutschland, machte Abitur als erste Türkin des „Kant-Gymnasiums“ in Weil am Rhein (Baden Württemberg) und studierte in Hannover von 1982 bis 1987 Zahnmedizin. Seit 1988 praktiziert sie als niedergelassene Zahnärztin, seit 1994 in eigener Praxis in Frankfurts Innenstadt. Frau Dr. Cezairli ist verheiratet und hat zwei Kinder.



Dr. Ezhar Cezairli

Ehrenamtlich aktiv ist sie als Mitglied im Integrationsbeirat und als Mitglied des sogenannten "Runden Tisches" zur Einführung eines Islamischen Religionsunterrichts der Hessischen Landesregierung. Frau Dr. Cezairli war des weiteren Mitglied der ersten „Deutschen Islamkonferenz“ unter dem damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble als Vertreterin säkularer Muslime. Heute ist sie beratendes Mitglied der Deutschen Islamkonferenz. Überdies ist sie Vorsitzende des „Türkisch-Deutschen Klub's e.V.“ in Offenbach, und Initiatorin und Mitgründerin der „Frankfurter Initiative progressiver Frauen“ in Frankfurt. Außerdem hat sie gemeinsam mit anderen Hessen die „Initiative von säkularen und laizistischen Bürgerinnen und Bürgern aus islamisch geprägten Herkunftsländern in Hessen“ (ISL Hessen) gegründet und setzt sich besonders dafür ein, dass die Öffentlichkeit die Muslime nicht als eine homogene Gruppe wahrnimmt, sondern deren Vielfalt erkennt, sowie die Tatsache, dass der Islam unterschiedlich ausgelegt und gelebt wird.

Dr. Ezhar Cezairli definiert sich durch ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft Deutschlands und Europas, die geprägt sind von den Errungenschaften der Aufklärung, wie Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Rechtsstaatlichkeit und Säkularismus, das angesichts der kulturellen und religiösen Vielfalt, die Voraussetzung für die individuelle Freiheit sowie Religionsfreiheit ist. Sie steht für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das gleichberechtigte und respektvolle Miteinander von Mann und Frau.

Frau Dr. Cezairli vertritt die Meinung, dass Integration vor allem über Bildung, über Kultur, über außerschulische Aktivitäten (Vereine: Sport, Musik, Theater), über Stärkung der sozialen Kompetenzen und über Erziehung zu Verantwortung und Engagement für unsere Demokratie, gelingt.

Integration, so Dr. Cezairli, heiße nicht: Aufgabe seiner Herkunftskultur. Für sie sei es eine Bereicherung mitten in Europa aufzuwachsen und andere Kulturen kennen zu lernen. Integration bedeute nicht nur die Akzeptanz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern auch, sich damit zu identifizieren, diese zu leben und mitzugestalten.

Förderung von Integrationsprojekten – Geänderter Antragsschluss!

In der letzten Ausgabe des Integrationsbriefes wurde das Landesprogramm „Förderung von Integrationsmaßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund“ als zentraler Baustein der hessischen Integrationsförderung vorgestellt.

Mittlerweile wurden die neuen Förderrichtlinien im Staatsanzeiger des Landes Hessen (Nr. 37 vom 13.09.2010, S. 2124 f.) veröffentlicht. Besonders wichtig ist hier die Beachtung des neuen Antragsschlusses bei der Förderung innovativer Integrationsmaßnahmen (Projekte). Dieser ist nun der **31. Dezember des Jahres vor Projektbeginn**. Ab Mitte September dieses Jahres ist nun auch die Förderung der Qualifizierung und Fortbildung von ehrenamtlichen Integrationslotsen durch dieses Programm möglich.

Zuständige Behörde für die Antragstellung und Abwicklung der Förderung ist das Regierungspräsidium Darmstadt.

Regierungspräsidium
Darmstadt



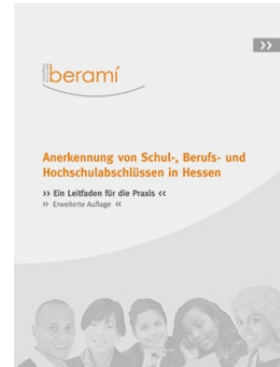
Nähere Informationen hierzu können Sie auf www.rp-darmstadt.hessen.de oder auf dem Internet-Auftritt der Integrationsabteilung www.integrationskompass.de unter Integrationspolitik / Projektförderung nachlesen.

Integration in Hessen – LITERATURTIPP

Anerkennung von Schul-, Berufs- und Hochschulabschlüssen in Hessen – Ein Leitfaden für die Praxis

Herausgeber: beramí (Berufliche Integration e. V.), Auflage 2010, gefördert vom Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Wertvolle Ressourcen qualifizierter Zuwanderer und Zuwanderinnen werden nicht genutzt, weil ihre im Ausland erworbenen Abschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden. Dies stellt für viele Betroffenen ein enormes Hindernis für die Integration in den Arbeitsmarkt dar. Viele unterschiedliche Behörden, Ministerien, Kammern und Berufsorganisationen führen Anerkennungen durch. Dieser Leitfaden bündelt nützliche Informationen und gibt wichtige Orientierungshilfen im Anerkennungsdschungel nicht nur für Zuwanderer und Zuwanderinnen, sondern auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstellen.



Die Broschüre steht zum Download unter www.integrationskompass.de bereit.

Integration in Hessen – KURZ GEMELDET ...

- **Sitzung Integrationsbeirat am 07.10.2010** - In der zurückliegenden Sitzung des Integrationsbeirates der Hessischen Landesregierung stand das Thema "Integration und Bildung" im Vordergrund. Daneben wurde detailliert über die anstehenden Ausländerbeiratswahlen diskutiert. Die nächste Beratung des Beirats wird im Februar 2011 stattfinden.
- **Integrationslotsenseminare in Dietzenbach** - Um die Nachhaltigkeit der Integrationslotsenarbeit verstärkt zu fördern, hat die Integrationsabteilung ein Seminar am 15.10.2010 mit dem Titel „Einführung/Sensibilisierung zu interkulturellen Unterschieden“ und ein weiteres am 16.10.2010 mit dem Titel "Einführung in die Netzwerkarbeit und gegenseitige Unterstützung" konzipiert und in Dietzenbach (Kreis Offenbach) erfolgreich durchgeführt. Damit wurden in diesem Jahr insgesamt vier Seminare (Stadtallendorf, Wiesbaden und in Dietzenbach) zu speziellen Themen angeboten.
- **Modellregionen Integration** – Auf einer Pressekonferenz mit den Vertretern der sechs Modellregionen am 03.12.2010 hat Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn nach einem Jahr „Modellregionen“ eine positive Bilanz gezogen. Die Pressemitteilung ist abrufbar auf www.hmdj.hessen.de.
- **Flyer zu den Modellregionen Integration** - Um das Landesprogramm „Modellregionen Integration“ einer breiteren Öffentlichkeit in Hessen und auch bundesweit vorzustellen, hat das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa ein Falblatt entwickelt, in dem die Grundphilosophie und die Zielvorstellungen des Projekts erörtert werden. Die Flyer sind zum Download unter www.integrationskompass.de verfügbar.



Impressum

Herausgeber: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Abteilung Integration
Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden

www.integrationskompass.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Frau Dagmar Döring (Pressesprecherin),
Tel.: 0611 / 322695

Redaktion:

Herr Dr. Hans-Achim Michna,
Tel.: 0611 / 322012

Frau Banu Ulusoy,
Tel.: 0611 / 322031

E-Mail: integration@hmdj.hessen.de

Druck: Dinges & Frick GmbH, Wiesbaden